

Grenzkontrollen teils verstärkt

In der Schweiz sind als Folge der Anschläge von Paris die Grenzkontrollen punktuell verstärkt worden, und auf Bahnhöfen und Flughäfen gibt es mehr Polizeipräsenz. Die Lage wird laufend neu beurteilt.

BERN. Die Anschläge in Paris haben auch in der Schweiz Bestürzung ausgelöst. Die Fahnen unter anderem auf dem Bundeshaus wehen auf halbmast. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga verurteilte den Terror aufs schärfste. «Ich bin schockiert, traurig und wütend», sagte sie am Samstag vor den Medien in Bern. Die Attacken hätten «Paris, Europa und die ganze Welt erschüttert». Die Angriffe richteten sich gegen die Grundwerte der Gesellschaft. Die Schweiz sei in Gedanken bei Frankreich. Dem französischen Präsidenten François Hollande sprach Sommaruga offiziell ihr Beileid aus. Aussenminister Didier Burkhalter übermittelte eine Beileidsbekundung an seinen Amtskollegen Laurent Fabius.

Mehr Grenzkontrollen

Am Samstagmorgen waren die Schweizer Sicherheitsbehörden zusammengelassen: Vertreter des Bundesamts für Polizei (Fedpol), des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB), des Grenzschutzkorps (GWK), der kantonalen Polizeikommandanten sowie des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Am Nachmittag traf sich die Kerngruppe Sicherheit des Bundes – bestehend aus dem EDA-Staatssekretär und den Direktoren von NDB und Fedpol – mit den zuständigen Organen. Dabei ging es um mögliche Bezüge der Attentate zur Schweiz und um die Koordination der Zusammenarbeit mit der französischen Polizei.

Fedpol-Direktorin Nicoletta della Valle sagte, die Zusammenarbeit mit den französischen Behörden sei eng. «Wir sind auch in Paris vor Ort.» Die Schweizer Sicherheitsbehörden seien wachsam und würden die Situation laufend neu beurteilen. Konkret seien die Grenzkontrollen an den Übergängen zu Frankreich punktuell verstärkt



Bild: ky/Pascal Morat

Auf grossen Schweizer Bahnhöfen wie jenem in Zürich ist die Präsenz der Polizei verstärkt worden.

worden. Systematische Kontrollen seien derzeit nicht nötig.

Verteidigungsminister Ueli Maurer sagte im Radio SRF, die Anschläge seien nicht ganz unerwartet gekommen. «Wir warnen seit Monaten davor.» Es sei weiter mit Anschlägen zu rechnen, denn solche Taten könnten Nachahmer finden.

Verstärkte Polizeipräsenz

Auch die Polizei erhöhte ihre Präsenz. Als Verstärkung der Transportpolizei waren Polizisten vor allem in grösseren Bahnhöfen oder in Fernverkehrszügen im Einsatz, wie Stefan Blättler, Präsident der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten, sagte. «Es geht darum, zu

zeigen, wir sind da, die Polizei sorgt für Sicherheit.» Die Kantonspolizei Zürich beorderte zusätzliche Kräfte etwa an den Zürcher Hauptbahnhof oder an den Flughäfen. Auch der Schutz der diplomatischen Vertretungen Frankreichs in Bern, Genf und Zürich wurde laut Blättler in Zusammenarbeit mit dem Bundes Sicherheitsdienst verstärkt.

Moslems verurteilen Attentate

Verschiedene islamische Organisationen in der Schweiz verurteilten die Attentate von Paris. Die Koordination Islamischer Organisationen Schweiz verurteilte in einer Mitteilung das «grauenhafte Morden» und bedauert, «dass der Name unserer

Religion durch scheinreligiöse Verbrecher immer wieder missbraucht wird, um Terror zu verbreiten und unseren Mitmenschen Leid und Trauer zuzufügen». Und die Union vaudoise des associations musulmanes erklärte unter anderem: «Es gibt keine Verbindung zwischen dem, was in Paris passiert ist, und unserer Religion.»

In mehreren Schweizer Städten wurde zu Solidaritätskundgebungen aufgerufen, darunter in Bern, Zürich, Basel und Genf.

Flüchtlingspolitik unter Druck

Sollte sich der Verdacht bestätigen, dass einer der Attentäter von Paris als Flüchtling in Frankreich eingereist ist, dürfte dies

die Flüchtlingsdebatte nicht nur in der EU, sondern auch in der Schweiz verschärfen.

Mario Gattiker, Direktor des Bundesamts für Migration, reagierte in der «Sonntags-Zeitung» bereits auf Befürchtungen, dass sich unter einreisenden Asylsuchenden auch Terroristen befinden könnten. Alle Asylsuchenden, die den Kantonen übergeben würden, seien registriert und identifiziert worden, sagte er. «Die Behörden überprüfen alles, was möglich ist.» Heikle Dossiers würden zudem dem Nachrichtendienst zur Überprüfung vorgelegt. Das gesamte Vorleben von Asylbewerbern könne jedoch nicht ausgeleuchtet werden. (sda)

Ergänzungsleistungen nicht für arme Familien

LUZERN. Im Kanton Luzern soll die Familienarmut nicht mit Ergänzungsleistungen bekämpft werden. Eine Volksinitiative ist gestern abgelehnt worden. (sda)

Überraschungen bleiben aus

In sechs Kantonen haben gestern zweite Wahlgänge für den Ständerat stattgefunden. Mit nun zwölf Sitzen waren die Sozialdemokraten dort noch nie so stark vertreten wie in der neuen Legislatur.

BERN. In den zweiten Wahlgängen in sechs Kantonen sind gestern alle bisherigen Ständeräte in ihrem Amt bestätigt worden. Mit der Bestätigung von Hans Stöckli in Bern, Roberto Zanetti in Solothurn und Paul Rechsteiner in St. Gallen ist nun auch klar, dass die SP einen Sitzgewinn verbuchen kann.

Sie schickt definitiv zwölf Ständerätinnen und Ständeräte nach Bern. In einer Mitteilung spricht die SP von einem «historischen Sieg»: Mit zwölf Sitzen in der kleinen Kammer war die Delegation der Partei seit deren Einführung noch nie so gross. Gemäss SP haben die Wählenden in den zweiten Wahlgängen «eine Korrektur des Rechtsrutsches» vom 18. Oktober beschlossen. «Im Gegensatz zum Nationalrat hat der Rechtsrutsch im Ständerat nicht stattgefunden», heisst es in einem Communiqué der SP

CVP erobert Sitz zurück

Die grösste Vertretung stellt aber nach wie vor die CVP mit insgesamt 13 Mandaten. Sie konnte gestern im Kanton Obwalden mit Erich Ettlín nach acht Jahren den an die FDP verlorenen Sitz zurückerobern. Der

Quereinsteiger und Steuerexperte setzte sich gegen den Kernser Gemeindepräsidenten und Meisterlandwirt André Windlin durch, der den FDP-Sitz hätte verteidigen sollen.

Im Kanton Luzern wurde der bisherige CVP-Ständerat Konrad Graber gestern wiedergewählt, und im Tessin verteidigte die CVP ihren Sitz mit dem bisherigen Filippo Lombardi. Seine Wiederwahl war kaum gefährdet. Anders erging es allerdings zeitweise seinem Ständeratskollegen Fabio Abate von den Freisinnigen, dem der Lega-Politiker Battista Ghiaggia dicht auf den Fersen folgte. Schliesslich konnte der Bisherige seinen Sitz aber verteidigen.

Mit der Wahl von Damian Müller im Kanton Luzern – er

löst George Theiler ab – zählt die FDP derzeit nun elf Ständerätinnen und Ständeräte. Das sind gleich viele wie vor vier Jahren. Mit den noch anstehenden Wahlgängen im Kanton Aargau und im Kanton Zürich vom kommenden Sonntag könnte der eine oder andere Sitz freilich noch hinzukommen.

Starke Konkurrenz für FDP

Mit den Unternehmern Ruedi Noser in Zürich und Parteipräsident Philippe Müller im Kanton Aargau stellen sich gleich zwei FDP-Schwergewichte zur Wahl. Allerdings gilt auch die Konkurrenz als stark: Im Aargau erzielte Hansjörg Knecht (SVP) im ersten Durchgang jedenfalls mehr Stimmen als der FDP-Parteipräsident. Und in Zürich stehen

Noser mit SVP-Mann Hans-Ueli Vogt und mit dem Grünen Bastien Girod auch zwei scharfe Gegner gegenüber.

Einziger BDP-Sitz ungefährdet

Im Kanton Bern stand das Resultat des zweiten Ständeratswahlgangs im Voraus fest: Werner Luginbühl verteidigte den einzigen BDP-Sitz in der kleinen Kammer, und auch Hans Stöckli wurde gestern deutlich wiedergewählt. Der parteilose Bruno Manser, der den zweiten Wahlgang provoziert hatte, landete erwartungsgemäss sehr weit abgeschlagen am Schluss. Die Stimmbeteiligung lag bei 29,2 Prozent.

SVP gestern ohne Wahlsieg

Der SVP gelang gestern in den zweiten Wahlgängen kein Exploit: In Solothurn scheiterte Nationalrat Walter Wobmann mit über 21 000 Stimmen Rückstand am bisherigen Roberto Zanetti von der SP, der seit 2010 in der kleinen Kammer sitzt. In Luzern landete Yvette Estermann weit abgeschlagen hinter den Gewählten. Und in St. Gallen schliesslich scheiterte Thomas Müller am SP-Urgestein Paul Rechsteiner. (sda)



Bild: ky

Roberto Zanetti
Ständerat SP/SO (bisher)



Bild: ky

Erich Ettlín
Ständerat CVP/OW (neu)

SVP-Initiative in der Stadt Bern chancenlos

BERN. Die Stadtberner Stimmberechtigten haben die Waldstadt-Initiative der SVP mit fast 66 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Die Volkspartei wollte eine Wohnsiedlung im Bremgartenwald prophylaktisch verbieten. Das Begehren entstand als Reaktion auf die private Projektidee «Waldstadt Bremer», eine Siedlung für bis zu 8000 Menschen. 2014 kam die Stadtregierung allerdings zum Schluss, dass das Projekt wohl gar nicht bewilligungsfähig sei und sie es deshalb nicht weiter verfolge.

Doch die SVP hielt an ihrer Initiative fest. Es gehe nicht nur um das Waldstadt-Projekt, sondern auch um andere Wälder. Die Stadt müsse vorbereitet sein, falls Kanton und Bund den Waldschutz einmal aufweichen sollten.

Vorwürfe an die SVP

Fast zwei Drittel der Stimmberechtigten teilten am Wochenende die Meinung der Gegner, die Initiative sei überflüssig: Der Wald sei bereits durch kantonale und nationale Gesetze streng geschützt. Eine Änderung der städtischen Gemeindeordnung würde den Waldschutz nicht erhöhen. Die SVP betreibe reine Symbolpolitik. Das Stimmvolk lehnte die Initiative mit 20146 gegen 10445 Stimmen ab. Sechs weitere Vorlagen wurden gutgeheissen, darunter eine FDP-Initiative für ein viertes Hallenbad und ein 25-Millionen-Kredit für die Neugestaltung des vielbefahrenen Eigerplatzes. Die Stimmbeteiligung lag bei 38 Prozent. (sda)

Grünes Licht für Zusammenlegung

SCHAFFHAUSEN. Stadt und Kanton Schaffhausen schaffen ein Kompetenzzentrum Tiefbau. Die Stimmberechtigten haben der Zusammenlegung ihrer Tiefbauämter klar zugestimmt. 16041 legten ein Ja in die Urne, 7356 ein Nein. Die Stimmbeteiligung betrug 50,8 Prozent. Durch die Zusammenlegung in ein Kompetenzzentrum könne die Organisationsstruktur effizienter gestaltet und damit Geld gespart werden, lautete das Hauptargument. Die Stadt gibt somit ihr eigenes Tiefbauamt auf. Die Angestellten – ausser jene der Entsorgung – wechseln zum Kanton. Der Personalabbau soll über natürliche Fluktuationen erfolgen. Künftig bezieht die Stadt die Tiefbauleistungen vom Kanton gegen Verrechnung. (sda)

Bieler Stimmvolk lehnt Budget ab

BIEL. Die Stadt Biel steht ohne Budget für das kommende Jahr da: Die Stimmberechtigten haben das vorgelegte Budget mit Steuererhöhungen abgelehnt. Aktuell hat Biel einen Steuersatz von 1,53 Einheiten. Weil sich die Finanzlage der Stadt in den letzten Jahren verschlechtert hat, lagen dem Volk zwei Varianten des Voranschlags vor – eine mit einer Steueranlage von 1,63 Einheiten, eine zweite mit 1,68 Einheiten. Das Volk schluckte die bittere Pille nicht, weder in der einen noch in der anderen Form. Mit Neinstimmenanteilen von 59 und 73 Prozent verwarfen die Bieler das Budget deutlich. Die Finanzdirektorin warnte zuvor vor einem doppelten Nein. Mit einem Notbudget müssten allenfalls laufende Bauarbeiten eingestellt werden. (sda)

TAGBLATT

Leitung Regionalmedien:
Jürg Weber

Chefredaktion:
Philipp Landmark (Chefredaktor);
Silvan Lüchinger (stv. Chefredaktor);
Leitung Ostschweiz am Sonntag);
Bruno Scheible (stv. Chefredaktor);
Regionalleiter); Jürg Ackermann
(Blattmacher); Sarah Gerteis
(Leitung Online-Redaktion)
Erweiterte Chefredaktion: David
Angst (Leitung Thurgauer
Zeitung); Daniel Wirth (Leitung
St. Gallen/Gossau); Andreas Bauer
(Dienstchef)

Verlag und Druck:
St. Galler Tagblatt AG,
Fürstenlandstrasse 122,
Postfach 2362, 9001 St. Gallen.
Telefon 071 272 78 88

Leitung Marketing und Lesermarkt:
Christine Bolt (Stv. Leitung
Regionalmedien)

Leitung Werbemarkt:
Stefan Bai

Verbreitete Auflage:
WEMF 2015 122 745 Ex.

Inserate:
NZZ Media Solutions AG,
Fürstenlandstrasse 122,
Postfach, 9001 St. Gallen
Telefon 071 272 77 77,
Fax 071 272 73 17
E-Mail: inserate@tagblatt.ch